

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer  
Königsplatz 20/21  
Telefon: 20011.

**Bezugs-Gebühr**  
**Anzeigen-Preise.**  
In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.  
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 spaltige An- u. Verkäufe 25 % Ermäßigung. Bei langfristiger Anzeigengabe gegen Vorabzahlung. Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Königsplatz 20/21  
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Aufschrift („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
Belichtungskörper, Elektrische Platten,  
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

**BANKHAUS  
HERMANN SCHULZ,**  
Fernaussprecher: Kommanditgesellschaft Fernausprecher:  
14026, 14034, 14038 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20804  
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

**Verleih-Magazin** für Möbel, Porzellan, Gläser,  
silberne Bestecke, Tisch-  
wäsche, Tafeln u. Stühle usw.  
**Andreas Wold. Gottschalch**  
Tel. 21486 — Prager Straße 19 — Tel. 12632  
Verkauf von Karb., Klob- u. Dielenmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

## Die Gewerkschaften gegen das Streikverbot.

### Verhandlungen über die Zurücknahme des Streikerlasses.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 2. Febr. Heute fand eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, sowie des Beamtenverbandes für Post und Telegraphen statt, in der zu der gegenwärtigen Lage Stellung genommen wurde. Es kam zum Ausdruck, daß das Streikverbot des Reichspräsidenten in weite Kreise, auch der Arbeiterschaft, eine starke Erregung hervorgerufen habe und daß ohne die Verordnung vom 1. Februar der Eisenbahnbeamtenstreik wahrscheinlich nicht den jetzigen Umfang angenommen hätte. Es wurde beschlossen, daß am Freitag die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften zusammenzutreten sollen, um mit der Regierung Verhandlungen darüber anzufangen, daß der Erlaß über das Streikverbot zurückgenommen werden soll.

Berlin, 2. Febr. Der „Rosen-Bahn“ zufolge erludte die kommunistische Reichstagsfraktion in einem Schreiben den Reichstagspräsidenten, den Reichstag sofort wieder einzuberufen, damit er zum Eisenbahnstreik Stellung nehme. Die Fraktion hat die kommunistische Reichstagsfraktion den Antrag eingebracht, die Verordnung des Reichspräsidenten betr. das Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahnen sofort außer Kraft zu setzen.

### Die Stellung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zum Streik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 2. Febr. Der Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband haben ihren Mitgliedern die Mitteilung angedrungen, daß sie seit geraumer Zeit mit dem Reichsverkehrsministerium in erfolgreichen Verhandlungen zwecks Festsetzung von Ubertenerungs- und Zuschüssen stehen. Alle drei Gewerkschaften haben zurzeit aus einer Anzahl Direktionsbezirke Unterhändler nach Berlin berufen zwecks Beratungen mit dem Reichsverkehrsministerium.

Der Allgemeine Eisenbahnerverband teilt mit, daß die Reichsgewerkschaft ihn nur davon benachrichtigt habe, daß sie einen Streik proklamiert habe, ohne aber Streikforderungen oder Streikmaßnahmen mitzuteilen. Der Allgemeine Eisenbahnerverband erklärt, daß er es nicht verantworten könne, sich an dem von der Reichsgewerkschaft ausgerufenen Streik zu beteiligen, zumal eine erhebliche Minderheit in diesem Vorstand eine entschiedene Gegnerin des Streikes ist und ihn selbst für schuldlos erklärt habe. In Anbetracht der Privatversicherungsbestrebungen und der übrigen allen Eisenbahnern drohenden großen Gefahren könnte der Vorstand des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes eine Beteiligung seiner Mitglieder an diesem willkürlichen Streik um ihrer eigenen Zukunft willen nicht verteidigen. Zum Schluß richtet der Allgemeine Eisenbahnerverband sowohl an die verantwortlichen Regierungsstellen, als auch namentlich an die deutschen Produzenten- und Handelskreise die dringende Ermahnung, endlich einen anderen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, damit nicht noch größere Verwüstungskatastrophen eintreten, weiter spricht er sein Bedauern darüber aus, daß die katastrophale Entwicklung in einer in das Koalitionsrecht eingreifenden Notverordnung geföhrt hat und gibt der Erwartung Ausdruck, daß eine abschließende Aufhebung des streikverbotlichen Erlaßes in der in letzter Zeit aller vierzehn Tage sich abspielenden Debatte nur dazu ansetze, die Grundlagen für die wirtschaftliche Existenz aller Eisenbahner zu unterhöhlen.

### Die Beurteilung des Streiks im Reichsrat.

Zum Eisenbahnstreik erklärte der Vertreter des Verkehrsministeriums in der heutigen Sitzung des Reichsrats, über die wir an anderer Stelle berichten, ein Teil der Eisenbahnbeamten habe sich nicht gescheut, in den Streik einzutreten und sich damit außerhalb des Vertrauensverhältnisses zu stellen, das die Beamten mit der Reichsregierung verbinde. Durch dieses Verhalten werden erhebliche innen- und außenpolitische Gefahren für das Reich heraufbeschworen und unermeßlicher Schaden angerichtet. Wie sind der Ueberzeugung, daß die Beamten schämer unter dem Drucke leidet, unter dem das Verfallener Diktat in seiner Maßlosigkeit das deutsche Volk und fast die ganze Welt gesteuert hat. Die Beamten teilen dieses Los aber mit dem weitaus größten Teil der übrigen Bevölkerung, und sie können aus dem Unklug des Volkes nicht den Anspruch herleiten, für sich unerlässliche Forderungen durchsetzen zu wollen. Das Plenum des Reichsrats erklärte sich mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen, Ordnung zu schaffen und die Autorität des Senates wiederherzustellen, einverstanden.

### Verhaftung eines Streikführers.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Dannover, 2. Febr. In Verste ist ein Funktionär der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, der zum Streik aufgefordert worden, verhaftet worden.

### Der Verlauf des ersten Streiktages im Reich

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 2. Febr. Vom Reichsverkehrsministerium wird über die Streiklage heute abend folgender Bericht ausgegeben: Im Laufe des 2. Februar ist in fast sämtlichen Bezirken Norddeutschlands das Lokomotivpersonal fast vollständig, das Zuglenkungspersonal dagegen nur zum Teil in den Ausstand getreten. Ganz ausgenommen vom Streik ist das betriebs- und der Eisenbahndirektionsbezirk Rastow. Die Eisenbahnverwaltung hat im Laufe des 2. Februar den Verkehr zunächst nur vereinzelt ausgenommen, weil ein zuverlässiger Ueberblick über das denkbare Personal erst gewonnen werden muß. Von Berlin aus sind einzelne Personenzüge abgefertigt worden. Der

Lebenswichtige Güterverkehr, insbesondere Vieh-, Milchzüge usw., wird von den Eisenbahndirektionen soweit wie möglich durchgeführt. Im Laufe des Tages wurde die technische Nothilfe eingesetzt und für einen umfangreichen Schutz der Bahnanlagen Sorge getragen. In welchem Umfange es gelingen wird, mit Hilfe der technischen Nothilfe, arbeitswilligen Betriebsstellen, Angestellten und höheren Beamten einen Betrieb durchzuführen, läßt sich noch nicht übersehen. Der betreffende Beamten, Angestellten und Arbeiter, die sich zum Notverkehr zur Verfügung stellen, werden die doppelte Reisefreigebühren neben der Aufwandsentschädigung gezahlt.

Die Reaktionen zum Streik  
Wie das Reichsverkehrsministerium in seinem Bericht betont, teils wegen eine allgemeine. Die süddeutschen Staaten, Baden, Württemberg und Bayern, stehen noch vor dem Streik absehend gegenüber. Aber auch an einzelnen Stellen Norddeutschlands wird schon von Lokomotivpersonal der Streik abgelehnt. Nach Meldungen, die heute eingegangen sind, trifft dies für Halle, Merseburg, Rostock und Sagan zu. Nachrichten über Gewaltsamkeiten der Streikenden sind bisher nicht eingegangen. Ferner sollen für die Zeit des Eisenbahnstreiks in beschränktem Umfange zur dringenden Personen- und Postbeförderung Flugzeuge in den Verkehr gestellt werden. Ab 3. Febr. sollen mindestens jeden zweiten Tag folgende Strecken geschlossen werden: Berlin-Damrau, Berlin-Dortmund, Berlin-Dresden, Berlin-Etteln und voraussichtlich auch Berlin-Dresden und Jarch.

Berlin, 2. Febr. Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin ruhte heute der Fernpersonenverkehr, mit Ausnahme weniger Züge. Die Züge nach Rostock wurden vom Personal der Direktion Halle gefahren. Der Ferngüterverkehr und Rangierbetrieb wurde fast vollständig. Die eingelegenen Milch- und Viehzüge wurden ladungsgerecht gestellt. Neben sämtlichen Lokomotivpersonal ist im allgemeinen in der Betriebs- und im Direktionsbezirk Mitteln Hilfe geleistet.

Dresden, 2. Febr. Durch den Eintritt des Lokomotivpersonals in den Streik haben die hiesigen Verhältnisse eine weitere Verschlechterung erfahren. (S. 2. B.)  
Halle, 2. Febr. Nachdem die Eisenbahndirektion inagüber bemächtigt gewesen ist, den Zugverkehr aufrechtzuerhalten, ist dieser bis auf ganz wenige Gelegenheitszüge auf ein Minimum gesunken und unter Bedienung von Güterlokomotivpersonal. Die Milchzüge blieben bereits heute morgen aus. Der Verkehr mit den Nachbarstädten und namentlich mit den Vennwerken wird zum Teil durch die elektrische Straßenbahn aufrechterhalten. In Weiskensfeld streift das gesamte Fahrpersonal, mit Ausnahme des Bahndienstleiters.  
Kassel, 2. Febr. In einer heute nachmittag abgehaltenen Versammlung der hiesigen Mitglieder der freien Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, in der im wesentlichen die Eisenbahner organisiert sind, sprach man sich nach sehr erregter Debatte schließlich gegen den wilden Streik aus, der von der Reichsgewerkschaft ausgerufen sei. Im übrigen hat sich der Fahrbetrieb im Bezirk Kassel mit Hilfe des arbeitswilligen Personals und der Bedienungsmannschaften der von auswärts gekommenen Züge für einige wenige Züge aufrechterhalten lassen. (S. 2. B.)

Erfurt, 2. Febr. Die hiesige Eisenbahndirektion teilt mit: Die Streiklage im Bezirk Erfurt hat sich so weit gebessert, daß voraussichtlich morgen, 3. Februar, auf allen Strecken des Bezirks Erfurt ein notdürftiger Personen- und Güterverkehr durchgeführt werden kann. (S. 2. B.)  
Leipzig, 2. Febr. Die Situation im Streik der Eisenbahnbeamten in Leipzig hat sich gegen heute morgen nicht wesentlich verändert. Die Lokomotivführer und Heizer sind auf ihren Dienststellen erschienen, verweigern aber nach wie vor die Arbeit; dagegen beginnt die Nothilfe bereits in Tätigkeit zu treten. So wurden heute ein Arbeiterzug nach Witten bei Bitterfeld und nach Euna abgelassen, der die Arbeiter und wieder zurückbefördert. Morgen sollen einige Güter verkehren, die die wichtigsten Güter befördern. Auch wird ein Automobilsitzen eingerichtet. Geldausweisungen werden von der Post nicht beibehalten.

Dresden, 2. Febr. Den bis abends 7 Uhr eingeangenen Meldungen zufolge hat im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Dresden die ganz überwiegende Mehrheit des Eisenbahnerpersonals dem Streikschlusse der Reichsgewerkschaft keine Folge geleistet. So ist in den Bezirken der Eisenbahnbetriebsdirektion Dresden-Altkönig und Dresden-Neuhof das Stationspersonal völlig und das Bahnpersonal fast überall vollständig zum Dienste erschienen.

### Rathenau und die Koalition.

Durch die Ernennung Dr. Rathenaus zum Minister des Reiches ist in die Bestrebungen zur Erweiterung der Koalition im Reich nach rechts eine Unstimmigkeit hineingetragen worden, da die Deutsche Volkspartei, insbesondere der mächtige Stinnes-Ästige, dem neuen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten schärf abnehmend gegenübersteht. Wie groß die Unstimmigkeit in der Deutschen Volkspartei ist, geht daraus hervor, daß die Fraktion eine Erklärung erlassen hat, wonach die Ernennung Dr. Rathenaus als ein beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß angesehen wird. Infolgedessen besteht für die Fraktion angesichts der bevorstehenden endgültigen Verabschiedung des Steuerkompromißes wieder volle Handlungsfreiheit. Das heißt mit anderen Worten, daß die Volkspartei gegebenenfalls auch die praktische Fortsetzung des Schließens des Steuerkompromißes nicht scheut; wird. Geschlossen treten für Rathenau übrigens nicht einmal die Demokraten ein, nur das Zentrum und die Sozialdemokratie stehen lüdenlos hinter ihm. Auf der rechten Seite dagegen begegnet er eifriger Kälte und schärfster Zurückweisung. Der Stinnes-Ästige der Deutschen Volkspartei gegen Rathenau schließt sich die „Krenz-List“ mit einer Erklärung an, die als gemeinsame Auffassung der deutschnationalen Kreise bewertet werden darf. Sie lautet kurz und bündig dahin, daß Dr. Rathenau in seinem neuen Amte kein Vertrauen entgegengebracht werden könne, weil er im Laufe der Zeit die Farbe gewechselt habe wie ein Chamäleon. An dieser Feststellung ist nicht zu rütteln, noch zu zweifeln. Man braucht sich bloß daran zu erinnern, daß Dr. Rathenau es war, der das Londoner Ultimatum mit besonderem Nachdruck zuerst als unerfüllbar bezeichnet und zum Beweise seiner Behauptung ausreichte, daß das deutsche schaffende Volk fortan nicht acht, sondern vierzehn Stunden täglich arbeiten müßte, wenn es die alles Maß übersteigenden Zahlungsbedingungen des Ultimatums erfüllen wollte. Und dabei wäre auch noch unerlässliche Voraussetzung, daß alle günstigen Verhältnisse hinsichtlich der Produktionsmittel, der Rohstoffe, der Absatzmöglichkeiten und des Kapitalflusses gegeben wären, sowie daß die ständliche Arbeitsleistung andauernd die gleiche bleibe und der Stand der Technik nicht sinke. Dies mit großem Scharfsinn vor Dr. Rathenau entwickelte Beweisführung wurde damals sehr überzeugend über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands verwertet. Das hinderte aber nicht, daß derselbe Dr. Rathenau nach kurzer Zeit gänzlich umstieß und sich als getreuer Helfer Dr. Wirths bei der Erfüllungsvollstreckung den Zeitgenossen präsentierte. In seiner neuen Eigenschaft als Heroldsrufer der Erfüllung ist Dr. Rathenau den Ansprüchen, der ihm nicht vergessen werden kann und den bei den letzten Reichstagsverhandlungen Graf Westarp nochmals genau präzisiert hat: „Es ist falsch, von einer absoluten Erfüllungsbümmöglichkeit zu sprechen. Die Erfüllung hängt vielmehr davon ab, wie tief es gehattet ist, das deutsche Volk in die Not hineinzuföhren.“ Das ist ein höchliches Wort. Es klingt genau so, als wenn das deutsche Volk zum Verzichtsanstehen für die Entente gemacht werden sollte, um eine Probe darauf zu bestehen, bis an welchem Grade es ausgehungert und ausgepowert werden kann, ohne geradezu an allgemeiner Erschöpfung einzugehen. Die Nation hätte von Dr. Rathenau eine andere Sprache erwarten dürfen, etwa so: „Meine Herren von der Entente! Ich sehe hier vor Ihnen nicht in der Rolle eines erbarmungslosen Steuerleiters und des Londoner Ultimatums, sondern ich habe als Deutscher außer der Rücksicht auf die Deutschland auferlegten Zahlungsverpflichtungen auch noch wesentlich die Interessen meines schwer bedrückten Volkes zu wahren, und deshalb erkläre ich, daß die Erfüllungsbümmlichkeit für Deutschland da anhört, wo die angelegten Forderungen seine wirtschaftliche Kraft übersteigen.“ Hätte Dr. Rathenau sich in solchem Sinne geäußert, so wäre der Widerhall in der deutschen öffentlichen Meinung nicht ausgeblieben und er hätte auf seinem jetzigen Posten weitgehende Unterstützung gefunden. So aber kann er in keiner Weise als der Mann des allgemeinen nationalen Vertrauens gelten. Es muß im Gegenteil ohne Umhüwe ausgesprochen werden, daß das nationale Empfinden von seiner Ernennung ungemein peinlich berührt worden ist, weil die gleichbedeutenden Träger des nationalen Gedankens einem Mann wie Dr. Rathenau nie und nimmer zutrauen können, daß er in jedem Konfliktfalle mit unbeugbarer Energie den deutschen Standpunkt gegenüber der Entente wahren und die deutsche Ehre und Würde ebenso wie die deutschen Interessen kraftvoll vertreten und verteidigen werde. Gerade die bevorstehende Konferenz von Genoa mit ihren weittragenden Entscheidungen hätte den Reichskanzler veranlassen sollen, auf den Vöthen des Außenministers eine Persönlichkeit zu berufen, der die Sympathien der weitesten Kreise des deutschen Volkes sicher gewesen wären. Des Griff auf Dr. Rathenau aber war ein völlig ungeeignetes Mittel, um uns in zweckentsprechender Weise auf Genoa vorzubereiten.